

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

PIERRE MENDÈS-FRANCE

„Wir haben das Fundament gelegt für eine erweiterte europäische Organisation“

Rede des französischen Ministerpräsidenten vor der Nationalversammlung, Donnerstag, 7. Oktober, und Sonntag abend, 10. Oktober 1954.

Zu Beginn seiner Ausführungen erklärte Mendès-France, er habe die Einberufung des Parlamentes veranlaßt, um sein unmittelbar vor den Ferien gegebenes Versprechen einzulösen, seine Unterschrift nicht eher zu geben, als er nicht der Nationalversammlung die nötigen Aufklärungen habe zuteil werden lassen und ehe er nicht von ihr die zur Fortführung seiner Aktion in London notwendige Billigung erhalten habe.

Er erinnerte an den negativen Verlauf der EVG-Abstimmung vom 30. August und gab als Hauptgrund dafür den übernationalen Charakter der EVG und das Fehlen Großbritanniens in ihr an. Diese beiden Punkte seien nun bei der Ausarbeitung seiner Vorschläge berücksichtigt worden.

Er kam dann auf das Problem der Abrüstung und der Abrüstungskontrolle zu sprechen und führte hierzu folgendes aus:

„Die Beschränkung der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung hätte überhaupt keinen Sinn, wenn nicht strenge Kontrollmaßnahmen vorgesehen würden. Eine im Rahmen des Brüsseler Paktes fungierende Kommission wird Produktion und Lager aller Teilnehmer überwachen. Damit die auf diesem Gebiet gefaßten Entscheidungen

wirksam werden, wird mit Majorität abgestimmt. Außerdem wird der Kommission eine gewisse Wirkung in die Öffentlichkeit hinein gesichert: Und zwar wird sie jedes Jahr einem Spezialgremium, das sich aus den Vertretern der sieben dem Europarat angehörenden Länder zusammensetzt, einen Bericht vorlegen. Wenn andere Länder dem Brüsseler Pakt beitreten, werden sie natürlich dort auch mit vertreten sein und Sitz und Stimme erhalten.

In seiner neuen Gestalt stellt der Brüsseler Pakt keineswegs eine jeglicher Verantwortlichkeit entkleidete Staatenverbindung ohne jeglichen übernationalen Charakter dar. Es handelt sich vielmehr um einen Organismus mit realen Machtbefugnissen auf sehr verschiedenen Gebieten, besonders aber dem militärischen. Die in London ins Leben gerufene internationale Institution wird auf dem Gebiet der Truppenstärke und Bewaffnung Entscheidungen fällen können, deren Ausführung sie durchzusetzen die Mittel haben wird.

Die Britische Verpflichtung

Die französische Regierung nun hielt es für unumgänglich, im Hinblick auf die Teilnahme der nichteuropäischen Staaten an der gemeinsamen Verteidigung gewisse Zusicherungen zu erhalten. So war es denn für sie eine Genugtuung zu vernehmen, daß der Vertreter der Vereinigten Staaten noch vor Beendigung der Konferenz ankündigte, er werde im Falle eines positiven Ausgangs der Verhandlungen seiner Regierung empfehlen, ihre für die EVG vorgesehenen Verpflichtungen im Hinblick auf die in London geschaffene Organisation zu erneuern. Und der kanadische Außenminister gab eine ähnliche Erklärung ab. Aber das ganz entscheidende Moment war doch die Verpflichtung, die Großbritannien am gleichen Tage eingegangen ist. Wir hatten ja bisher trotz wiederholter Bitten von seiner Regierung keine Zusicherung auf Übernahme weitgehender Verantwortung in Europa

erhalten können. Großbritannien hatte lediglich am Anfang dieses Jahres versprochen, der EVG, falls diese zustandekommen sollte, eine Division einzugliedern. Viele von uns hatten das für unzureichend gehalten.

So hatten wir von Anbeginn der Verhandlungen an Herrn Eden sehr dringend gebeten, seine Regierung möge weitgehendere Anstrengungen machen. Und in der Tat, die durch den britischen Außenminister angekündigte Entscheidung hat eine erhebliche Tragweite: Großbritannien stellt der Organisation von Brüssel vier Divisionen — davon drei Panzerdivisionen — zur Verfügung und außerdem taktische Luftwaffenverbände, die zu den stärksten der Welt zählen. Das wäre alles in allem mehr als die Hälfte seiner Streitkräfte.

Wichtiger jedoch als der militärische Aspekt dieser Entscheidung ist der politische. Die englische Regierung erklärt sich damit einverstan-

den, daß Bereitstellung, Einsatz und Zurücknahme dieser Streitkräfte von der internationalen Organisation der Sieben, die nach Mehrheitsbeschluß handelt, vorgenommen wird. Wenn man an jene insulare Tradition Großbritanniens denkt, an die immer und immer wieder durch seine Regierung bekundete Abneigung, weitere Verpflichtungen in Europa einzugehen, an jenes vor ein paar Monaten gegebene Versprechen, dann erscheint die von Herrn Eden angekündigte Entscheidung als außerordentlicher Fortschritt, dessen Gewicht Sie sicher alle ermessen werden. Es handelt sich da um eine echte Souveränitätsbeschränkung zu Gunsten der gemeinsamen Verteidigung, um die Bekundung einer Disziplin, die jeden Franzosen erfreuen müßte. Und ich glaube, dieses Hohe Haus dürfte den Entschluß

INHALT DIESER BEILAGE:

Pierre Mendès-France:

„Wir haben das Fundament gelegt für eine erweiterte europäische Organisation“

Pierre Viansson-Ponté:

Mendès-France und Deutschland
(S. 562)

Otto K. C. Gerlach:

Frankreich im Banne seiner Tradition
(S. 565)

der britischen Regierung zu einem so gewichtigen Beitrag im Interesse der Allgemeinheit begrüßen.“

Indem er dann auf die deutsche Bundesrepublik zu sprechen kommt, die ebenfalls „eine ganz besonders aktive Rolle“ gespielt habe, wiederholt der Ministerpräsident das, was er bereits vor einem Monat gesagt hatte, nämlich daß man ein großes modernes Land nicht ewig unter Kuratel halten könne. Weiter fuhr er dann fort:

„Die volle Souveränität wurde ja von den Sowjets bereits dem in ihrer Zone gebildeten Regime zuerkannt. Somit dürfte es nicht verwunderlich sein, daß Bundeskanzler Dr. Adenauer uns gebeten hat, eine politische Situation zu schaffen, die jener nicht nachsteht. Zunächst hatte man an eine Lösung durch die Ratifizierung der Bonner Verträge gedacht. Aber dann waren einige ihrer Punkte durch die Ablehnung des Pariser Vertragswerkes hinfällig geworden, andere wieder wurden von der einen oder anderen Regierung kritisiert. So beschloß man denn, die Verträge von Bonn, die Ihnen zur Vorlage bleiben, als Arbeitsgrundlage zu belassen, ihnen aber ein Zusatzprotokoll beizugeben, das sie in einer gewissen Anzahl von Punkten ergänzt.

Vertrag und Protokoll stellen, wie bekannt ist, eine gewisse Anzahl von Rechten und Privilegien für die Bundesregierung wieder her. Überdies sind da noch die Erklärungen der amerikanischen, der englischen und der französischen Regierung, wonach die jeweiligen Hochkommissare ersucht werden, von den Rechten, auf die diese Regierungen zu verzichten bereit sind, nicht mehr Gebrauch zu machen, soweit dies nur irgend möglich ist. Aber ich habe klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, daß ich in keiner Weise dem Willen des Parlamentes vorgreifen möchte, dem alle Entscheidungsfreiheit vorbehalten bleibt, sobald es dazu aufgerufen wird, über den Bonner Vertrag und das Zusatzprotokoll zu befinden.

Die Frage des Beitritts Deutschlands zur NATO wurde oft in diesem Hause erörtert. Man hat die Befürchtung zum Ausdruck gebracht, daß ein solcher Beitritt Deutschland automatisch die Möglichkeit zu einer bedingungslosen, unbegrenzten und unkontrollierbaren Wiederaufrüstung in die Hand geben würde. In der Tat, würden wir ganz einfach unsere Zustimmung zum Beitritt Deutschlands zur NATO geben, so würden wir auch dahin kommen. Da ja nun aber das Risiko einer bedingungslosen, unbegrenzten und unkontrollierbaren Wiederaufrüstung Dank der Schaffung des Sicherheitssystems im Rahmen des Brüsseler Paktes völlig beseitigt ist, schien uns praktisch wirklich nichts mehr gegen die Aufnahme Deutschlands in die NATO zu sprechen. Darum haben wir so großes Gewicht darauf gelegt, daß sich die Gesamtheit der Londoner Beschlüsse dem Rahmen des Brüsseler Vertragswerkes und nicht dem der NATO einfüge.

Der Redner bezeichnet als weiteres Aktivum der Londoner Beschlüsse die Befugnisweiterung der NATO, das heißt also speziell des obersten Befehlshabers, die einen zusätzlichen Sicherungsfaktor gegenüber eventuellen Versuchen einer nationalen Armee in Richtung auf unabhängiges Handeln darstellt. Was die Integrierung der Streitkräfte anbetrifft, so erinnert der Redner daran, daß Frankreich sie auf Divisionsebene gefordert hatte, während andere Länder sie vom Armeekorps ab wünschten. Mendès-France meint nun, daß das jetzt erzielte Resultat „nicht sehr verschieden sein wird von dem, was wir mit der EVG erreicht hätten“.

In den Bereich der Entscheidungen politischen Charakters gehört weiterhin die Verpflichtung Bonns, nie mehr um nationaler Ziele willen zur Gewalt zu greifen und die französisch-englisch-

amerikanische Erklärung, die Beistandsgarantie und die sich aus dem Brüsseler Vertrag ergebenden Vorteile im Falle der Nichteinhaltung jener Verpflichtungen zurückzuziehen.

Die Saarfrage

„Was die Saarfrage anbetrifft, so wurde diese in London nicht behandelt. Sie gehörte ja da auch garnicht hin. Sie hat Gegenstand zweiseitiger Verhandlungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zu sein. Aber ich habe natürlich über die Haltung, die zu wiederholten Malen durch alle Regierungen der letzten Jahre und durch die Nationalversammlung unter den verschiedensten Umständen bekundet worden war, keinen Zweifel aufkommen lassen: Die Lösung der Saarfrage wird spätestens zum selben Zeitpunkt wie die der gesamten anderen europäischen Probleme, die in London diskutiert werden, in Angriff genommen werden müssen. Somit müßten wir noch vor Eröffnung der Ratifizierungsdebatte mit der Bundesregierung zur Ausarbeitung von präzisen und befriedigenden Vorschlägen zur Saarlösung kommen. Diese werden Ihnen dann zusammen mit dem Komplex der anderen Texte unterbreitet werden, damit

„Man darf die Wirklichkeit nicht aus dem Auge verlieren“

Ich weiß sehr wohl, daß jedwede Lösung, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands, und mag diese auch begrenzt und überwacht sein, mit sich bringt, von einer ganzen Reihe von Ihnen als schlecht angesehen wird, und ich kann Ihnen das sehr gut nachfühlen. Aber dennoch darf man die Wirklichkeit nicht aus dem Auge verlieren: Die Zeit, wo man hier behaupten konnte, jegliche deutsche Wiederaufrüstung sei von vornherein völlig ausgeschlossen, ist fern. Auf lange Sicht kann man keiner Nation, welche auch immer es sei, untersagen, etwas zu ihrer eigenen Verteidigung zu tun. Ich allein sage das nicht. Es ist dies eine Stimme, die auch nicht durch jene Partei zum Schweigen gebracht werden könnte, die sich hier mit allen Kräften gegen das Londoner Übereinkommen stemmt.

Es handelt sich um eine Wahrheit, die seit langem gerade durch jene erkannt wurde, die unter der unabwendbaren Entscheidung zutiefst leiden. Aber sie haben sich davon überzeugen müssen, daß unsere Verbündeten fest entschlossen sind, Deutschland sich nicht länger jener Lasten entziehen zu lassen, die sie selber — und ich füge hinzu, die wir selber — ertragen müssen. Können wir also noch weiter als einzige aus noch so verständlichen Empfindungen heraus auf einem unwiderruflichen „Non possumus“ beharren? Es ist zwecklos darüber zu sprechen, ehe wir nicht auf eine Vorfrage geantwortet haben: Können wir überhaupt in der Praxis etwas gegen eine einstimmig ohne uns gefaßte Entscheidung ausrichten? Indem unser Zögern als Taktik ausgelegt wurde, haben unsere Verbündeten oft gemeint, wir bedienten uns nur einiger Finten und Listen. Sie hielten uns für sehr geschickt, zu geschickt! Sie waren es satt. Man hat viel von einer Krise unter den Alliierten gesprochen. Nach derartig vielen Aufschüben stand sie tatsächlich bevor. Die deutsche Wiederaufrüstung war in jeder

Sie in dem von allen französischen Regierungen vorgesehenen Rahmen Ihren Beschluß fassen können.

Dieser Abrisß mag deutlich machen, welche Schwierigkeiten es für unsere Delegation zu bewältigen gibt. Es wäre nicht nötig gewesen, ihre Position noch dadurch zu erschweren, daß man zum gleichen Zeitpunkt auf dem innenpolitischen Sektor eine Kampagne eröffnete, die diskriminierend für die Regierung war, die sogar bisweilen soweit ging, diese in den Verdacht des Verrates zu bringen. Es war nur ein Glück — ich sage nicht, für die Regierung, sondern für das Land —, daß sich zwei Tage vor Beendigung der Konferenz die Wahrheit doch noch Bahn brach, und zwar dank der zähen und mutigen Haltung unseres Innenministers, dem die Regierung gestern morgen ihre Verbundenheit und Solidarität bekundete. Wenn die Wahrheit diese Schlacht gegen die Zeit nicht gewonnen hätte, welches Vertrauen in unser Wort und in unsere Verpflichtungen hätten wir dann noch von denen erwarten dürfen, denen gegenüber wir die Sache Frankreichs vertreten? Es ist ohnedies schon nicht ganz leicht, unsere Auffassung in diesem oder jenem Punkt begrifflich zu machen.

Beziehung unvermeidlich und der allernächst zu unternehmende Schritt geworden.

Und somit ergibt sich eine Problematik, die für uns den Charakter einer Gewissensfrage hat: Dürfen wir uns in die Isolierung zurückziehen und damit der deutschen Wiederaufrüstung die Möglichkeit geben, sich grenzenlos zu entfalten? Hier liegt die Wahl, die wir, die Sie zu vollziehen haben. Sie werden also entscheiden müssen, ob Frankreich abseits bleiben oder ob seine Beteiligung ihm solide, sichere Garantien einbringen soll, und ob es das Recht erhalten soll, selber mit anderen Staaten zusammen, unter diesen Großbritannien, die Einhaltung der Garantien zu überwachen.

Diese Garantien also bieten uns die Londoner Beschlüsse. Sie bedeuten Begrenzung und Kontrolle von Rüstung und Truppenstärke auf dem europäischen Kontinent — gerade das, was von allen Pazifisten zur Aufrechterhaltung des Friedens als das Mittel gepriesen wird —, sie bedeuten die Zusicherung der Vereinigten Staaten, die amerikanische Einheiten in Europa aufrecht zu erhalten, sie bedeuten die von Großbritannien eingegangene Verpflichtung, die ihresgleichen in der englischen Geschichte bisher nicht hat, vier Divisionen und Luftstreitkräfte auf dem Kontinent zu belassen und sie nicht ohne Zustimmung der Mehrheit der Mitgliedstaaten des Brüsseler Paktes wieder abzuziehen.

Es gibt dann noch einen anderen Einwand, dessen bin ich mir bewußt: Birgt nicht die Verwirklichung der Londoner Beschlüsse die Gefahr von Spannungen in unseren Beziehungen zu den Staaten des Ostens in sich, ja, wird nicht die Gefahr eines Konfliktes durch sie vergrößert? Nun, wenn das meine Meinung wäre, dann hätte ich die Beschlüsse nicht akzeptiert. Im Gegenteil, ich lege außerordentlichen Wert auf die Feststellung, daß der rein defensive Charakter des Lon-

doner Abkommens in den Augen der Welt gerade durch die Zugehörigkeit Frankreichs garantiert ist, dieses Landes, das — keiner wird es bestreiten können — durch den Frieden alles gewinnen, durch den Krieg aber alles verlieren kann.

Ich halte die sowjetische Regierung für realistischer als diejenigen, welche ihre Absichten im voraus beurteilen zu können glauben. Sie weiß, daß eine gewisse Wiederbewaffnung Deutschlands unvermeidbar ist, und wenn sie sie hätte vermeiden wollen, so hätte sie dafür in der Ver-

gangenheit genügend Möglichkeiten gehabt. Vor einigen Tagen hat sie bekanntgegeben, daß sie das vor einigen Monaten der Abrüstungskommission vorgelegte französisch-englische Projekt als Verhandlungsbasis annehmen könne. Ich für meinen Teil messe diesem Vorwärtsschritt die allergrößte Bedeutung zu. Und ich hoffe, daß diese Annäherung zu einem Einvernehmen führen wird, und daß auf diese Weise jene Gefahr gebannt wird, in der die Welt im Atomzeitalter durch die Gegnerschaft zweier stark bewaffneter Gruppen schwebt.

seine Jugend und Tatkraft, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, wiederzugeben.

Die Freunde des Friedens und somit Sie alle, meine Damen und Herren, bitte ich, das zu billigen, was in mühsamer Arbeit aber ehrlich in London beschlossen wurde. Es ist dies ein Werk, das ich für nützlich und konstruktiv halte, und das morgen seinen ganzen Wert und Sinn unter Beweis stellen wird, ist doch sein Endzweck die Annäherung aller Völker, die guten Willens sind.

Denken Sie mal darüber nach, welches Drama sich für uns aus der Tatsache entwickeln kann, daß wir, der Westen, Deutschland nichts zu bieten haben. Alles, was es haben will, hat der Osten. Und wenn eines Tages erst der deutsche Generalstab die Oberhand über die Regierung seines Landes bekommt, wer weiß, wer dann die Macht in Deutschland hat! Aber Rußland braucht dieser Nation nur zu sagen: Ich werde dir die Einheit wiedergeben unter der einzigen Bedingung, daß du nicht im Lager meiner Feinde bleibst.“

Es folgte die Debatte. In der Abendsitzung (10. Oktober 1954) ergriff Mendès-France wieder das Wort:

„Wir sind bereit, jeden sowjetischen Vorschlag zu prüfen“

Gestern hat Herr Molotow zum deutschen Problem Ausführungen gemacht, über die ich auf keinen Fall ein Urteil abgeben werde, ehe ich sie nicht bis ins kleinste Detail in ungekürzter Fassung studiert habe. Diese Erklärungen werde ich mit dem ganzen Ernst, den dieses Thema erfordert, beurteilen.

Wir sind bereit, jeden Vorschlag, jede Anregung zu prüfen. Nichts, was nur irgendwie zum Frieden führen könnte, wird von uns vernachlässigt oder unterlassen werden. Aber ist das denn etwa unvereinbar miteinander, die Inangsetzung der Londoner Beschlüsse und diese Haltung der dauernden Bereitschaft zur Aussprache, zum Verhandeln? Nein, hier gibt es keine Widersprüche! Die beiden Aktionen können durchaus nebeneinander her laufen. Sie wissen, und die Sowjetunion weiß es auch sehr gut, daß es Zeit braucht, zwei, drei Jahre bestimmt, bis die Londoner Beschlüsse im Hinblick auf die Wiederbewaffnung Deutschlands Wirksamkeit erlangen. Und es ist nicht zu optimistisch, die Hoffnung zu hegen, die Verhandlungen mögen in dieser Zeit weitere Fortschritte machen und womöglich in Bezug auf Abrüstung und andere große internationale Fragen zu einem Ziel gelangen.

Wenn man sich über die Abrüstung einigen würde, so müßte diese Einigung natürlich auf die deutschen Streitkräfte ebenso Anwendung finden wie auf die anderen. Wenn die Sowjetunion den ehrlichen Wunsch hat, zu diesem Ziel zu gelangen, so wird sie in Frankreich und, dessen bin ich sicher, in unseren Verbündeten, den festen Willen finden, die Voraussetzungen zu einer friedlichen, sich auf allgemeiner Abrüstung, auf gegenseitigem Verständnis und auf der Sorge um den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gründenden Koexistenz zu schaffen. Unter diesen Bedingungen wüßte ich keinen Grund, weshalb wir die Zustimmung, um die ich Sie bitte, hinausschieben sollten, ebenso wie ich keinen Grund für die Regierung sehe, die Ratifizierungsdebatte, die Anfang November stattfinden müßte, hinauszuzögern.

Es wäre übrigens ein schwerer Fehler, die Londoner Beschlüsse nur unter dem militärischen Aspekt zu betrachten. Denn dieser ist in unseren Augen gar nicht mal der wichtigste. Ihr Ziel ist der Frieden, und in diesem Frieden die gemeinsame Arbeit für das Wohlergehen der Völker. Wir haben das Fundament für eine erweiterte europäische Organisation gelegt, in der Großbritannien gemäß unseren Wünschen seinen

Platz eingenommen hat, und in der es seine Verantwortung übernehmen wird. Diese Organisation hat im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereich unbegrenzte Zuständigkeiten. Die Vorkämpfer des europäischen Ideals werden doch wohl nicht die großen Möglichkeiten unbenutzt lassen, die sich hier zur schrittweisen Verwirklichung ihres Traumes anbieten. Damit Frankreich aber sein ganzes Gewicht in dem Sinne, wie sie es sich wünschen, behalte, müssen Sie darauf bedacht sein, unserem Land

Die Teilnahme Großbritanniens

„Ich möchte zunächst einige Worte über die Teilnahme Großbritanniens an der Organisation von Brüssel und seinen militärischen Beitrag zur europäischen Sicherheit sagen. Ich war sehr erstaunt, als ich Herrn Paul Reynaud sagen hörte, es sei in dieser Hinsicht nicht viel Neues zu verzeichnen. Herr Paul Reynaud, dessen geringschätzigste Ausführungen unseren britischen Freunden sicher Freude machen werden, meinte, diese englische Entscheidung sei doch ganz natürlich. Ich möchte ihm aber ins Gedächtnis zurückerufen, daß Großbritannien, als es im letzten April tatsächlich einen angemessenen Beitrag zu leisten versprach, sich das Recht vorbehielt, zu jedem Augenblick über Umfang und Dauer dieses Beitrages ganz allein zu bestimmen. Es beabsichtigte, die Möglichkeit in der Hand zu behalten, jederzeit seine auf dem Kontinent stationierten Truppen abberufen zu können.

Heute sehen wir uns einer auf ein halbes Jahrhundert bemessenen Bindung Großbritanniens gegenüber, und im Gegensatz zu Herrn Paul Reynaud meine ich, daß dies für die Sicherheit Frankreichs ein Fortschritt ist. Auch andere Fortschritte sind zu verzeichnen, die alle diejenigen, die wie Herr Paul Reynaud von europäischem Geist beseelt sind, anerkennen dürften: Die Einsetzung dieser Truppen wird nicht allein von der britischen Regierung sondern von dem internationalen, aus den sieben Ländern gebildeten und auf Mehrheitsbeschluß hin handelnden Organismus abhängen.

Da scheint mir die Beurteilung durch den Präsidenten Robert Schumann doch gerechter zu sein, der die britische Regierung dafür lobt, daß sie sich das erste Mal in ihrer Geschichte einer Majoritätsentscheidung fügt, und der den Wunsch zum Ausdruck bringt — der übrigens auch der meinige ist — daß es sich um einen Prä-

zedenzfall handeln möge. Herr Spaak hat sich vor kurzem ähnlich ausgedrückt.

Einige Redner, unter anderen Herr Simonnet, haben behauptet, die Teilnahme Englands sei mit einem hohen Preis erkaufte. Herr Bourges-Maunoury und General Aumeran haben von einer Diskriminierung zu Gunsten Englands gesprochen. Daß wir in einigen anderen Punkten sehr viel geringere Konzessionen machen mußten, um Großbritanniens Einverständnis zu erhalten, nimmt die Herren dagegen nicht Wunder. Was übrigens die Festlegung der Territorien anbetrifft, die der Zuständigkeit des Ministerrates und der Waffenbehörde unterliegen, so haben wir es für ganz natürlich gefunden, diese auf das Festland zu beschränken. Die britischen Inseln also befinden sich außerhalb dieser Zuständigkeit, nicht dagegen die auf dem Kontinent stationierten englischen Truppen. Aber auch unsere überseeischen Gebiete liegen außerhalb. Und so können wir denn nach Belieben dort und besonders in Nordafrika unsere Rüstungsindustrien ansiedeln. Daß es ein Fehler war, sie im Mutterland zu konzentrieren, hat ja die Vergangenheit bewiesen.

Herr Simonnet hat sich darüber beklagt, daß das Vereinigte Königreich die Rolle des Kontrolleurs hätte, ohne selbst unter Kontrolle zu stehen. Haben wir denn aber vergessen, daß wir bei der Ausarbeitung eines kollektiven Verteidigungssystems in erster Linie den aus einem Wiedererstarken der deutschen Militärmacht entstehenden Gefahren begegnen wollten? In dem Augenblick aber, wo wir jegliche Diskriminierung ausschließen wollen, müssen wir uns auch denselben Kontrollregeln unterwerfen, wie Deutschland. Ja, wir haben noch nicht einmal auch nur einen Augenblick daran gedacht, die britische Bewaffnung zu überwachen, käme doch

kein Franzose auf die Idee, ihr gegenüber auch nur den geringsten Argwohn zu hegen!

Ganz im Gegenteil, es ist gar nicht mal schlecht, daß England in dem System als Kontrolleur auftritt. Denn die Kontrolle der Deutschen durch die Franzosen, der Franzosen durch Deutsche, so wie es im Rahmen der EVG vorgesehen war, hätte mit Sicherheit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern vergiftet. Jetzt aber könnte Großbritannien im Notfall die Rolle des Schiedsrichters übernehmen und zur Festigung der europäischen Zusammenarbeit beitragen. Ich bin überrascht, daß hier eben Protestrufe laut wurden. Ich hoffe ja nicht, daß erneute Zwischenfälle Frankreich und Deutschland gegeneinander führen, aber ich versichere Ihnen, daß die Gegenwart Englands ein Moment der

Stabilisierung für die europäischen Beziehungen darstellen wird.

Einige Sprecher — Herr Bourguès-Maunoury insbesondere — glauben nicht, daß Europa zu siebt politisch lebensfähig sei. Ich bin nicht dieser Meinung. Mit anderen Kollegen, wie Herrn Loustaunau-Lacau, bin ich mir in der Freude über die Teilnahme Englands an dem Bau Europas einig. Gewiß ist es möglich, daß England gewissen Traditionen treubleibend mit sehr großer Vorsicht und Bedächtigkeit zu Werke gehen wird. Aber das Wichtigste ist doch, daß wir überhaupt vorwärtskommen, daß wir zu einer Zusammenarbeit zwischen den meisten Ländern Westeuropas gelangen, die immer vertrauensvoller wird!

Das Problem der Wiedervereinigung

Herr Loustaunau-Lacau fürchtet, daß die Bundesregierung in der Wiederherstellung ihrer Souveränität eine Ermunterung dazu erblicken könnte, nun auch die deutsche Einheit wieder herzustellen. Wer aber könnte denn Deutschland daran hindern, nach Einheit zu streben? Ist diese Einheit nicht auch notwendig zur Stabilisierung Europas?

Ich wiederhole noch einmal: Nichts kann Deutschland jemals daran hindern, seine Einheit wiederzuerlangen, deren Wiederherstellung im übrigen einen jener Unruheherde beseitigen würde, unter denen Europa zur Zeit leidet.

Was das Problem der Wiedervereinigung anbetrifft, so wurden dazu ja sehr einleuchtende Erklärungen von Präsident Schuman und von Herrn Simonnet abgegeben. Der Paragraph 3 des Artikels 7 des Bonner Vertrages war Gegenstand heftiger Debatten geworden. Es schien mir daher wünschenswert, auf einen Text zu verzichten, der von Seiten hervorragender Persönlichkeiten derartig widerspruchsvolle Auslegungen erfährt. Als ich vor der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten von der Rückkehr zum gemeinsamen Recht sprach, wollte ich sagen, daß dieses Problem doch eigentlich Gegenstand des

internationalen Rechtes und seiner ganz normalen Regeln und nicht eines Textes ist, dessen Auslegung zu den ernstesten Schwierigkeiten hätte führen können. Dann hatten in dem in Frage kommenden Artikel die drei westlichen Regierungen die schwerwiegende Verpflichtung übernommen, die der Bundesrepublik zugestandenen Vorteile auf das gesamte Deutschland auszudehnen. Es schien mir daher klüger, diese Bestimmung nicht weiter aufrecht zu erhalten. Der zweite Grund also, um diesen Artikel zu streichen.

Natürlich können wir nicht voraussehen, unter welchen Bedingungen sich eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands vollziehen wird. Auf politischer Ebene können die verschiedensten Situationen gegeben sein. Das vorausbestimmen liegt nicht in unserer Möglichkeit. Wenn aber die Bundesrepublik derjenige Teil ist, der den anderen einverleibt, dann wird sie sich von vielen internationalen Verpflichtungen nicht entbinden können. Diese Fragen müssen in den nächsten Monaten mit Deutschland und unseren Verbündeten verhandelt werden, um zu den verschiedenen Möglichkeiten die entsprechenden gemeinsamen Vorkehrungen zu beschließen.

Die Frage des Generalstabes

Was nun die verschiedenen Arten der Wiederbewaffnung angeht, so habe ich immer gesagt, daß die unangenehme Alternative entweder Europäische Verteidigungsgemeinschaft oder Wiederherstellung einer unabhängigen, unkontrollierten und unbegrenzten Wehrmacht nicht der Wirklichkeit entspricht. Und in der Tat, nach Ablehnung der EVG wird man nun gegen Ende der Woche einen neuen Plan ausgearbeitet und den Parlamenten vorgelegt haben können, einen Plan, der nicht die unbegrenzte, unabhängige und unkontrollierte Wiederaufrüstung Deutschlands enthält.

Ich werde die Maßnahmen noch darlegen, die ins Auge gefaßt wurden, um jene Gefahren abzuwenden, vor denen sich jeder Franzose fürchtet. Herr Guy Mollet hatte da einige technische Fragen angeschnitten: Die Situation der Offiziere, der Kriegsschulen, die Integration der Ein-

heiten. Er hat erklärt, daß seine Vorschläge, die ich durchaus gutheißen kann, im Rahmen der Londoner Vereinbarungen zu realisieren seien. Die endgültigen Entscheidungen hängen ja nun nicht nur von uns ab. Aber wir werden uns bemühen, die Garantien, die von Herrn Guy Mollet verlangt werden, zu bekommen, und besonders die, daß die Integrierung so weit wie möglich betrieben wird.

Ich möchte jetzt den Herren Paul Reynaud und Teitgen antworten. Herr Reynaud sagte, er sei im Hinblick auf die Wiederherstellung einer unabhängigen deutschen Nationalarmee und eines großen Generalstabes sehr beunruhigt. Nun denn, in diesem Fall spricht man immer gerne vom „großen“ Generalstab um der Polemik willen. Ich ziehe es vor, die Dinge realistisch zu sehen, denn eine Überzeugung läßt sich nicht durch Beiwörter bestimmen. Ich werde also die

getroffenen Vorkehrungen erläutern. Was den deutschen Generalstab anbetrifft, so sind die Garantien derartig beschaffen, daß die Gefahren geringer sind, als bei der EVG. Denn im Rahmen der EVG beruhten die Garantien auf der Achtung vor einem Text, den man aber verdreht auslegen, gegen den man verstoßen kann. In dem neuen Projekt handelt es sich dagegen um materielle Garantien, die auf einer konkreten Organisation fußen. Im Rahmen der EVG bildeten deutsche Soldaten, Unteroffiziere, Offiziere und Generale in deutschen auf deutschem Gebiet stationierten Einheiten die Basis. Die höchste regionale Befehlsgewalt oblag einem nationalen Delegierten, einem deutschen General. Dieser konnte sich mit Unterkommandanten umgeben, und somit stellte dieser Organismus, wie man ihn auch bezeichnen mag, einen Generalstab dar.

Das soll keine Kritik sein. Eine derartige Anordnung war nicht zu vermeiden. Denn gemäß der Artikel 75 und 78 a des Vertrages von Paris und des Paragraphen 6 vom Protokoll mußten die Rekrutierung, die Mobilisierung und die Aufstellung der Einheiten im Einvernehmen mit den betreffenden Regierungen vorgenommen werden. Hierfür waren entsprechende Organismen nötig, gleich wie man sie nun nennen mag.

In der neuen Organisation ist das nun ganz anders. Es gibt keinen nationalen Delegierten. Infolgedessen gibt es auch keinen Generalstab, der bei der anderen Fassung unvermeidbar war. Natürlich werden die Deutschen gewisse Aufgaben zu erledigen haben, die Generalstabsarbeit sind und mit ihnen werden Organe betraut, die man als Generalstab bezeichnen kann, denen man aber auch irgendeinen anderen Namen geben könnte. Immerhin, es sind Generalstäbe. Welches aber sind nun ihre Aufgabenbereiche, gemessen an den französischen Verhältnissen?

Das Erste Büro befaßte sich mit den Truppenbeständen, also mit Dingen, die unabhängig von der Gesamtkonzeption, sei es nun EVG, Brüsseler Vertrag oder NATO, erledigt werden müssen. Es ist eine strenge Kontrolle vorgesehen, Festlegung von Höchststärken, Inspektionen durch den obersten Befehlshaber, Abfassung regelmäßiger Berichte, die durch die Zentralstelle der Versammlung vorgelegt werden, die die Gesamtheit der Operationen zu überwachen hat. Alle Angehörigen der deutschen Armee unterstehen der NATO; für die französische Armee wird der Fall nicht genauso liegen. Die interalliierte Behörde wird eine genaue Kontrolle über die gesamte deutsche Armee ausüben. Geheimabkommen, wie dasjenige, das damals zwischen der alten Reichswehr und der Sowjetunion abgeschlossen wurde, auf Grund dessen deutsche Offiziere in diesem Lande ausgebildet werden konnten, werden in der neuen Organisation unmöglich sein. Es wird auch keine Täuschungsmanöver mehr geben können wie die, die wir zwischen den beiden Weltkriegen erleben mußten.

Die Aufgaben des zweiten Büros würden für Deutschland dieselben sein, wie wenn wir die EVG beibehalten hätten. Im übrigen hat Deutschland ja bereits seit langer Zeit einen sol-

chen Dienst, wie es der Fall John unbestreitbar erwiesen hat.

Das dritte Büro widmet sich operativen Aufgaben. In der gegenwärtigen Organisation aber hängt keine der genannten Tätigkeiten von einem deutschen Generalstab ab. Sie unterliegen alle den interalliierten Behörden. Der Oberbefehlshaber und die ihm unterstellten alliierten Dienststellen sind allein ihnen gegenüber verantwortlich.

Das vierte Büro spielt eine besonders wichtige Rolle, da ihm fast das gesamte Aufgabengebiet der Truppenversorgung obliegt. Die Nachschubmittel der verbündeten Armeen werden weitgehend integriert werden, und das Londoner Übereinkommen sieht in dieser Hinsicht für den interalliierten Chef sehr umfassende Vollmachten vor.

Teitgen: „Eine Militärbehörde ist wirksam durch das Geld, über das sie verfügt, durch die Fabriken, die sie anweist oder leitet, durch die Menschen, die in ihren Diensten stehen. Bei der EVG war es so, daß das Geld aus einer gemeinsamen vom europäischen Kommissariat gebildeten Kasse kam. In dem augenblicklichen System kommt das für die deutsche Armee bestimmte Geld aus einem nationalen, von den deutschen Behörden gebildeten Fond. Bei der EVG wurden die Produktionsmittel durch das europäische Kommissariat gesteuert. In dem gegenwärtigen System hat Deutschland darüber zu bestimmen. Die EVG hatte vorgesehen, daß Ausbildung, Gruppierung, Ernennung und Beförderung durch das europäische Kommissariat vorgenommen werde. Bei dem jetzigen System aber ist es der deutsche Generalstab, der rekrutiert, ernannt und der seine Unteroffiziere, Offiziere und Generale bis zum höchsten Grad befördert. Ohne Zweifel überträgt dieses System der deutschen Militärbehörde viel größere Vollmachten, als die EVG.“

Mendès-France: „Sie behaupten da gewisse Dinge, die anzuschneiden im Augenblick verfrüht wäre. Wenn Sie zum Beispiel sagen, daß die Beförderung der deutschen Soldaten ausschließlich Sache der deutschen Militärbehörde sei, so sind Sie besser informiert als Herr Guy Mollet und ich. Ich bin außerstande, Ihnen an diesem Abend eine Beschreibung der Dinge zu geben, die sich aus künftigen Entscheidungen entwickeln könnten. Ich kann Ihnen nur über das berichten, was in London beschlossen wurde, und ich kann Ihnen versichern, daß die Vorsichtsmaßnahmen, die wir gegen ein eventuelles Überhandnehmen des deutschen Militarismus vorgesehen haben, ebensogut sind, ja, wenn nicht noch besser, als die, die im EVG-Vertrag enthalten waren.“

Der Gebrauch der deutschen Streitkräfte — das heißt also ihre Placierung und ihre Verlegungen — wird ausschließlich unter Aufsicht der internationalen Behörde vollzogen, ebenso wie alles, was mit Transport, mit Nachrichtenübertragung, mit Meteorologie, mit Radar, mit der Indendantur und den Treibstoffen zu tun hat. Der General Gruenther hat somit sagen können, daß unter diesen Umständen eine eigene Initia-

tive der deutschen Armee undenkbar sei, denn in Ermangelung von Nachschubmitteln müßte diese Armee den Kampf nach wenigen Stunden bereits aufgeben. Im übrigen hängt die interalliierte Nachschuborganisation in weitem Maße vom französischen Territorium ab und entzieht sich somit jeglicher gefährlichen deutschen Initiative. Da also liegen die echten Garantien. Und die, die da klagen, die deutsche Armee werde eine zu große Unabhängigkeit haben, frage ich, was denn das wohl für eine Unabhängigkeit ist, wenn die Treibstoffversorgung dieser Armee ganz ausschließlich von der interalliierten Behörde aus geregelt wird.

Übrigens widerspricht sich Herr Teitgen. Er hatte sich doch darüber gewundert, daß man die Befehlsgewalt des Oberbefehlshabers erweitert hat, und hatte ursprünglich gegen diese Entscheidung protestiert. Wir aber haben allen Grund gehabt, sie zu erbitten und sind froh, sie erlangt zu haben, denn sie enthält eine sehr wichtige Garantie zu unseren Gunsten! Denn die Vollmacht der interalliierten Behörde, die deutschen Truppen wo sie will zu stationieren, und dies zu jedem ihr genehmen Zeitpunkt, ist der beste Schutz gegen eine gefährliche einseitige Initiative Deutschlands. Diese französische Regierung weiß sich übrigens eins mit ihren Vorgängerinnen, die seit langem eine derartige Entscheidung erbeten hatten.“

De Menthon (M.R.P.): „Der Artikel C, auf den

Die Kontrolle kann eine konstruktive sein

Ich will jetzt die Frage der Bewaffnung untersuchen. Die Herren Soustelle, Bourges-Manoury und Guy Mollet hatten den Wunsch geäußert, die Rüstungsbehörde möge nicht nur mit Kontrollvollmachten versehen werden, sondern ihr solle auch die Verteilung der von Amerika zugestandenen Hilfe obliegen. Dies ist genau die Forderung, die wir in London vertreten haben. Trotz unserer Bemühungen haben wir aber bis jetzt die erwünschte Entscheidung nicht durchsetzen können. Aber ich bin gewillt, meine Anstrengungen fortzusetzen, wie einige Redner es erbeten haben, um eine Entscheidung herbeizuführen, die unseren gemeinsamen Wünschen näherkommt.

Ich bin auch sehr erfreut, daß mehrere unter Ihnen darauf bestanden haben, daß alles unternommen werde, um die technischen, die finanziellen und administrativen Kontrollen zu verstärken und wirksamer zu gestalten. Ich weiß sehr wohl, daß in Frankreich ein gewisser Skeptizismus im Hinblick auf die Wirksamkeit von Kontrollen herrscht. Man hat an unsere Enttäuschung zwischen den beiden Weltkriegen erinnert. Aber man sollte nicht übertreiben und den Glauben aufkommen lassen, diese Kontrollen seien völlig unwirksam gewesen. Im Gegenteil, sie haben sehr konkrete Resultate gezeitigt. Um es genau zu sagen, sie waren deshalb in Mißkredit geraten, weil sie einseitig waren. Wenn ein einzelnes Land einem Zwang unterworfen wird, revoltiert es und findet fast überall Zustimmung. Wenn aber eine Kontrolle allgemeinen Charakter trägt, wenn sie auf alle Länder eines Bündnissystems oder einer Föderation an-

Sie anspielen, enthält für den Aufmarsch der Streitkräfte einen Passus, und zwar heißt es da ‚nach Konsultierung und Einwilligung der interessierten nationalen Behörden‘. Mir scheint, daß diese Klausel die Wirksamkeit der von Ihnen erwähnten Garantien abschwächt.“

Mendès-France: „Keineswegs! Die internationale Behörde, die die Positionen der nationalen Streitkräfte bestimmt, wird sie zwar nicht ohne Einwilligung der betreffenden Regierung verlegen können. Aber, und hier liegt ein bedeutsamer Punkt, die nationale Behörde, Regierung oder der nationale Generalstab wird sie aus eigener Machtvollkommenheit auch nicht verlegen können. Die nationale Behörde wird also die Streitkräfte weder an Punkten zusammenziehen können, wo ihre Anwesenheit Konflikte auslösen würde, noch wird sie sie in gefährliche Nähe dieser oder jener Grenze verbringen können. Sie hat also keine Vollmacht über ihre Truppen, und darin liegt eben eine wesentliche Garantie gegen die Gefahren, die wir befürchten müssen. Wir haben die Pflicht, soviel wie möglich derartige Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen, und ich wünschte, die Integration der Nationalarmeen würde soweit es nur irgend geht vorangetrieben werden. Und wir werden weiterhin alle unsere Kräfte einsetzen, um unsere Partner von der Notwendigkeit derartiger Maßnahmen zu überzeugen und sie zu entsprechenden Schritten zu veranlassen.“

gewandt wird, anerkennt jeder ihre Berechtigung, was ihre Wirksamkeit unendlich hebt. Und dann noch etwas: Nach 1920 bemühte man sich in erster Linie, die geheimen Verbände aufzuspüren, die militärischen Tarnorganisationen, wie Frontkämpfer- und Sportverbände. Heute ist das anders geworden. Die Kontrolle erstreckt sich in erster Linie auf das Budget und die Rüstungsfabrikation. Rüstungskredite wirken sich nämlich in unseren Tagen derartig aus, daß es nur äußerst schwierig ist, sie zu verbergen. Ebenso kann eine Fabrik, die in der Lage ist, Tanks oder Flugzeuge herzustellen, nicht unbekannt bleiben. Ich erinnere mich, General Gruenther einmal im Scherz sagen gehört zu haben, er mache sich stark, zu garantieren, daß keine Fabrik, die ferngelenkte Apparate baue, behaupten könne, sie fabriziere Kinderwagen.

Ein anderer Einwand wurde im Hinblick auf das Kontrollprinzip selber gemacht. Herr Robert Schuman sagte: Die Kontrolle ist der Ausdruck des Mißtrauens. Sie schafft nichts Konstruktives. Meiner Meinung nach ist sie kein Ausdruck des Mißtrauens, sie ist eher ein Heilmittel dagegen. In einer Welt, die von so vielen Konflikten zerrissen wurde, ist die Kontrolle zweifellos die Vorbedingung zur Wiederherstellung des Vertrauens. Sie ist darum konstruktiv, weil sie das Fundament für ein Gebäude legt, das ohne sie Gefahr laufen würde, schon während des Baues zusammenzustürzen.

Aber es gibt da noch etwas sehr viel Wichtigeres als die Kontrollen post festum. Und das ist die in sich geschlossene Organisation der

Rüstungsproduktion unter der Direktion eines internationalen Organismus. Das wurde von Herrn Teitgen gesagt und von Herrn Guy Mollet auch, und das ist genau die These, die wir auch in London verfochten haben.

Ich muß leider sagen, daß dieser Punkt zu Diskussionen Anlaß gegeben hat, die nicht nur schwierig, sondern bis zu einem gewissen Grade peinlich waren. Wir befanden uns einem lebhaften Widerstand gegenüber, der zu unserer großen Überraschung ganz besonders von den Niederlanden und von Belgien ausging, also von

den Ländern, auf deren Beistand wir gerade gehofft hatten. Aber die Frage kann wiederaufgegriffen werden. Das Projekt der französischen Delegation wurde an das Ministerkomitee von Brüssel verwiesen, und wir hoffen, daß seine Hauptgedanken wenigstens in ihren Grundzügen beibehalten werden. Wenn nicht, könnte man immerhin noch bilaterale oder multilaterale Abkommen vorsehen, so wie einige Redner es angeregt haben.

„Ich habe noch etwas über die Saar zu sagen. Die Herren Vendroux und Loustaunau haben der

Regierung vorgeworfen, sie sei zu schwach gewesen. In Wirklichkeit war aber gar keine Gelegenheit, die Saarfrage in London anzuschneiden, und sie gehörte da auch gar nicht hin. Sie muß in französisch-deutschen Verhandlungen behandelt werden, die Neun haben nichts damit zu tun. Aber, ich versichere Herrn Vendroux, und ich habe dies auch nicht den anderen verborgen, sie wird zur selben Zeit wie die anderen zur Debatte stehenden europäischen Probleme geregelt werden. Der Nationalversammlung wird dann der gesamte Fragenkomplex vorgelegt.“

PIERRE VIANSSON-PONTÉ

Mendès-France und Deutschland

Mit Genehmigung des Verlages entnehmen wir der Offenburger Zeitschrift im Dienst übernationaler Zusammenarbeit „DOKUMENTE“, Oktober 1954, 5. Heft, den folgenden Artikel von Pierre Viansson-Ponté. Der Artikel ist unmittelbar nach der Ablehnung der EVG-Verträge in der französischen Nationalversammlung geschrieben.

Der Regen hatte endlich nachgelassen. Eine helle Sonne verlieh Paris bereits herbstlichen Schimmer. Aber die Sonne dringt niemals in das Halbrund des Palais Bourbon, wo die französische Nationalversammlung tagt: als die Architekten das riesige Gebäude am Seineufer entwarfen, gaben sie - Vergessen oder Symbol? - dem Sitzungssaal keine Fenster. Die 627 Abgeordneten beraten über das Schicksal ihres Landes, ohne je zu sehen, was sich draußen abspielt: eingeschlossen in den Hexenkessel, in dem die französische Politik brodelte.

Am Rednerpult steht heute ein ernster, beinahe düster wirkender Mann, das schwarze Haar in Unordnung, Ränder der Müdigkeit unter den Augen; er spricht langsam und prägnant. Zu seiner Linken ein Kalender und eine Wanduhr: Sonntag, 29. August, 16.15 Uhr. Pierre Mendès-France redet seit 11 Uhr, nur von der Mittagspause unterbrochen, zur Einleitung der EVG-Debatte. Keiner seiner Zuhörer - die Abgeordneten dicht gedrängt auf ihren Bänken, das Publikum auf überfüllten Tribünen, an die hundert Journalisten - zeigt ein Nachlassen der Spannung, die sich bei den einen in feindseliger Wachsamkeit, bei den anderen in Sympathie, auf den Pressebänken in geschäftsmäßiger Aufmerksamkeit ausdrückt.

Der Redner kommt zum Schluß; er bezieht Stellung. Drei Sätze genügen: „Für die EVG spricht meines Erachtens vor allem, daß sie die Bundesrepublik Deutschland politisch an die westliche Welt bindet: niemand darf den Wert dieser Tatsache unterschätzen. Das Inkrafttreten des Vertrages wäre ein wichtiger Schritt auf dem Wege der französisch-deutschen Aussöhnung, die

eine der Voraussetzungen für den Frieden ist. Wenn Sie die Ratifizierung verweigern sollten, wird das Problem Westdeutschlands und seiner Wiederbewaffnung dadurch nicht geregelt sein; es wird sich Ihnen früher oder später, in der einen oder anderen Form, erneut stellen. Sehr leichtfertig würde jeder handeln, der heute mit Ja oder Nein stimmt, ohne alle Konsequenzen seiner Entscheidung zu bedenken.“

Vierundzwanzig Stunden später verzeichnet die Geschichte Frankreichs Nein zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Alle Begleitumstände - die Stimmenthaltung des gesamten Kabinetts in der Schlußabstimmung, die Entscheidung über eine Verfahrensfrage statt über den Vertrag selbst, die Leidenschaften und die Manöver eines Teils der Befürworter wie der Gegner -, alles sollte dazu beitragen, den Vorgang ins Zwielficht zu rücken und Mißverständnisse hervorzufragen.

Das Ziel der Politik des Westens in Europa darf nicht durch unzählige Varianten, Diskussionen über zweitrangige Fragen und Verfahrensdebatten verdunkelt werden. Es ist einfach und klar: den Kommunismus vermeiden, den Frieden bewahren.

Das sind nicht zwei verschiedene Aufgaben, sondern die beiden Seiten ein und derselben. Denn ein neuer Weltkrieg mit seinen Massenvernichtungen und seinem Elend bedeutet zwangsläufig einen entscheidenden Schritt auf den Kommunismus zu. Wenn es andererseits aber dem Kommunismus gelingen sollte, in weiteren europäischen Ländern die Macht zu errei-

Gewiß kann ein Politiker vom Format eines Mendès-France - mag man ihm zustimmen oder nicht - zu einer Frage von solcher Tragweite persönlich nicht neutral stehen, selbst wenn er diese Haltung aus taktischen Gründen bei einer Abstimmung wählt, in der die Stimmen der Minister ohnehin bedeutungslos geblieben wären (sie hätten einfach die feindlichen Lager zu gleichen Teilen gestärkt). Ein Regierungschef, der in einem Buch nachweist, daß „Regieren sich entscheiden“ heißt, besitzt selbstverständlich eine Politik: eine Deutschlandpolitik, eine Europapolitik und schließlich eine internationale Strategie mit allgemeinen Zielen.

Die Reden von Mendès-France, seine wöchentlichen Radioansprachen, seine früheren Schriften und jüngsten Erklärungen lassen die großen Linien seiner Politik deutlich werden. An welchen Grundsätzen wird er in seiner Deutschlandpolitik unter allen Umständen festhalten?

Das einheitliche Ziel des Westens

würde das gegenwärtige Gleichgewicht der Kräfte bedroht sein: die vermutlich unausweichliche Folge hieße Krieg.

Den Frieden erhalten und die Demokratie bewahren sind also zwei Forderungen, die zusammengehören. Beide gemeinsam müssen die Politik des Westens in Europa bestimmen.

Hier stellt sich unmittelbar das deutsche Problem. Gäbe es nicht mitten in Europa die Spaltung Deutschlands, dann wäre es politisch klug, sich an den *status quo* zu halten. Aber die Tatsache besteht, Deutschland ist aufgeteilt. Zwei feindliche Regierungsformen, zwei rivalisierende Gruppen von Besatzungsmächten, die Haupt-

stadt Berlin eine westliche Insel mitten in der kommunistischen Zone: das muß eine bedrohlich labile Lage ergeben, die kein Politiker bei klarem Verstand endgültig anerkennen kann.

Der Spaltung Deutschlands wegen ist ein Festhalten am *status quo* unmöglich. Die Westmächte müssen sich also über eine aktive Politik klarwerden, sie müssen Entschlüsse fassen, auch wenn viele Franzosen im tiefsten Herzen das Gegenteil wünschen mögen. Die politische Stagnation in der Deutschlandfrage kann nicht länger andauern.

Es gibt einen einzigen zufriedenstellenden Weg, um Frieden und Demokratie zu erhalten: wir müssen erreichen, daß die Russen der Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen im ganzen Lande zustimmen. Wenn sie sich im Interesse des Friedens dieser Bedingung beugen, wäre das ein großer Sieg des Westens. Ohne Zweifel würde das kommunistische Regime in Ostdeutschland zusammenbrechen, und dieses Ereignis ohne Beispiel in der Geschichte müßte, über die Wiedervereinigung Deutschlands hinaus, einen beträchtlichen psychologischen Schock auslösen.

Die Chancen einer Viererkonferenz

Fassen wir zusammen: das einzig vernünftige und zufriedenstellende Ziel der westlichen Politik in Europa sind freie Wahlen in Ostdeutschland. Bis jetzt haben die Russen sie stets abgelehnt. Können wir damit rechnen, sie zu einer anderen Haltung zu bewegen, und wie?

Jedes Verhandeln mit der Sowjetunion und den anderen kommunistischen Staaten ist ein schwieriges und verwickeltes Unterfangen und von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn man die Annäherung auf einem der beiden einfachsten Wege sucht, die sich zunächst anbieten: jeder von beiden hat überzeugte Befürworter in Amerika und Europa.

Der erste ist der Weg der Gewalt. Für ihn treten vor allem einige Politiker und Militärs ein, die sich Verhandlungen mit den Kommunisten nur als ein Ultimatum auf der Grundlage einer sogenannten „Position der Stärke“ vorstellen können. Frankreich ließ sich lange Zeit in Indochina, Amerika in Korea von dieser Idee leiten. Sie mußte in beiden Fällen aufgegeben werden. In den lokalen Konflikten des Fernen Ostens war sie nicht völlig absurd, aber doch wirklichkeits-

Die Anwendung des Genfer Rezepts

Die Genfer Verhandlungen brachten nach langen Jahren den ersten großen Erfolg in der Ost-West-Politik; sie stellen ein Musterbeispiel dar, das zu studieren und zu erwägen sich lohnt. Der erste Vertreter Frankreichs, Georges Bidault, drohte mit einer Ausweitung des Krieges; er wollte damit die Kommunisten zum Verhandeln zwingen, erreichte aber nur, daß sich ihre Haltung versteifte. Dann erschien ein neuer französischer Unterhändler. Die Kommunisten hielten Pierre Mendès-France zunächst für einen Pazifisten, der einen Waffenstillstand um jeden Preis akzeptieren würde; und sie versteiften sich

Wir sollten alle Mittel einsetzen, um zu diesem Resultat zu kommen. Auf der einen Seite heißt das, die Tür für eventuelle Deutschlandverhandlungen mit den Sowjets offenhalten; auf der anderen Seite, sich darüber einig werden, was wir ihnen als Preis anbieten wollen, um durch Verhandlungen zu einem Erfolg zu gelangen. Man könnte daran denken, eine gemeinsame Kontrolle der deutschen Aufrüstung vorzuschlagen. Damit erhielten die Sowjets eine ernsthafte Garantie gegen das Entstehen einer ihnen feindlichen, aggressiven deutschen Wehrmacht.

Es würde sich dabei keineswegs um eine „Neutralisierung“ Deutschlands handeln. Der wiedervereinigte und demokratisch regierte deutsche Staat müßte im Gegenteil wirtschaftlich und politisch fest in den Westen eingegliedert werden; er könnte zum Beispiel der Montan-Union weiter angehören. Aber es leuchtet ein, daß sich auf militärischem Gebiet keine andere Lösung finden läßt als das west-östliche Abkommen über ein Kontrollverfahren. Dieser Vertrag könnte übrigens möglicherweise zum Ausgangspunkt für ein allgemeineres Abkommen über eine internationale Abrüstungskontrolle werden.

fremd und unvernünftig. Auf die Lage in Europa angewandt verliert sie jedoch jeden Sinn. Wer sich darauf vorbereitet, die Kommunisten in Europa militärisch zu schlagen, um die beiden Hälften Deutschlands zusammenzufügen, akzeptiert und plant den Weltkrieg, den Gipfel des Wahnsinns.

Der zweite Weg ist der „systematische Versöhnungsgeist“. Nur wenige Amerikaner, aber um so mehr Franzosen befürworten ihn - alle nämlich, die in gutem Glauben meinen: wir brauchen den Sowjets nur ein Lächeln und guten Willen zu zeigen, um sie ganz von selbst eines Tages zu der Erkenntnis zu bringen, daß es in ihrem Interesse liegt, sich mit uns zu vertragen. Diese rosige Vorstellung birgt leider keinerlei Aussicht auf Erfolg. Wer irgendwann einmal mit Kommunisten zu verhandeln hatte, weiß, wie dumm es ist zu glauben, man könnte sie durch Höflichkeit zu irgendwelchen Zugeständnissen bewegen. Sie prüfen ganz nüchtern, wo ihre echten Interessen liegen, halten gar nichts von freundlichen Floskeln und sind die unzugänglichsten Gesprächspartner der Welt.

von neuem, so daß die Verhandlungen ums Haar scheiterten. Der Erfolg kam mit dem Tage in Sicht, an dem die Kommunisten begriffen, daß Mendès-France aufrichtig und guten Willens den Frieden suchte, aber gleichzeitig auch fest entschlossen war, den Krieg durch Einsatz neuer Kontingente zu verschärfen, wenn die Gegner keine zufriedenstellenden Bedingungen annehmen würden. Das Rezept des Erfolges lautet: man muß die Verhandlung gleichsam in einen Schraubstock spannen; auf der einen Seite absolute Loyalität und Aufrichtigkeit, auf der an-

deren Entschlossenheit und eventuell sogar Drohung.

Weder Aggressivität noch Schwäche, sondern Festigkeit: das ist der Schlüssel zum Erfolg von Genf. Wie läßt sich diese Methode auf die Deutschlandfrage anwenden?

Einige meinen: zuerst bewaffnen wir die Bundesrepublik und verstärken damit die Position des Westens; wir zeigen den Russen, daß wir zur Kraftprobe bereit sind, falls sie wollen. . . . Das ist der Weg der aggressiven Haltung, der keine Aussicht auf Erfolg hat, uns vielmehr höchstwahrscheinlich in die Katastrophe führt.

Andere sagen: wir bewahren uns im Gegenteil alle Friedenschancen; wir fällen keine Entscheidung, die Verhandlungen kompromittieren könnte; wir weigern uns, irgendeine Initiative zur Aufrüstung Deutschlands ins Auge zu fassen, bevor wir nicht noch einmal am Konferenztisch mit den Sowjets gesprochen haben. . . . Das ist der Weg der Gutwilligkeit um jeden Preis, der Weg der Schwäche; er hat ebensowenig Aussicht auf Erfolg.

Erfolge können wir nur dann erzielen, wenn wir auch hier den Mittelweg finden. Frankreich muß deutlich und fest seine Absicht beweisen, die Bundesrepublik in die westliche Koalition aufzunehmen, wenn die Sowjets sich nicht für vernünftiges Verhandeln entscheiden. Die Ablehnung der EVG läßt in dieser Hinsicht alle Möglichkeiten offen. Wenn der Westen allerdings nicht bald eine Alternativformel ausarbeitet und die deutsche Wiederbewaffnung, an der er im Prinzip festhält, in einen neuen Rahmen stellt, werden die Sowjets unsere Entschlossenheit nicht ernst nehmen. Die Bundesrepublik muß volle Souveränität erhalten, das Problem ihrer Bewaffnung gelöst werden.

Schalten wir hier eine Bemerkung ein. Selbst wenn Frankreichs Nationalversammlung der EVG in erster Lesung zugestimmt hätte, wären wir heute von der endgültigen Ratifizierung noch weit entfernt, und viele gefährliche Hindernisse blieben noch zu überwinden. Nach der Verfassung der Vierten Republik hätte ein Ja am 30. August den Ratifizierungsprozeß nur eingeleitet; das Wort hätte zunächst die zweite Kammer, der Rat der Republik (Senat), dessen Ausschüsse erst nach zwei Monaten ihre Berichte vorlegen müßten. Die Parlamentsferien hätten diese Zeitspanne noch verlängert, so daß die Senatoren frühestens im Dezember über die EVG abgestimmt hätten. Ihr Nein war beinahe sicher, da die Gegner der EVG im Rat der Republik immer schon die Mehrheit besaßen: von 318 Senatoren gehören nur 22 zur MRP. Die Nationalversammlung hätte dann in zweiter Lesung eine absolute Mehrheit (314 Stimmen) aufbringen müssen, um die Ratifizierung der Verteidigungsgemeinschaft durchzusetzen. In der Verfahrensabstimmung, die den Vertrag beerdigte, brachten es die EVG-Anhänger und alle Feinde der Regierung Mendès-France jedoch nur auf 264 Stimmen.

Kurz, auch wenn alles nach den Wünschen der EVG-Anhänger gegangen wäre, hätte Frankreich

erst im Februar oder März 1955, und auch dann noch längst nicht mit Sicherheit, ratifiziert. Wer heute so spricht, als könnte die Alternative in ein paar Wochen ausgehandelt, unterzeichnet, ratifiziert und in Kraft gesetzt werden, handelt wider besseres Wissen. Wer gar behauptet, eine solche Überstürzung sei technisch möglich, ist entweder sehr schlecht unterrichtet — oder er lügt bewußt.

Für die nächsten sechs Monate wenigstens bleibt alles genau so in der Schwebe, wie wenn die Abgeordneten den EVG-Vertrag in erster Lesung gebilligt hätten. Die deutsche Wiederbewaffnung bleibt eine Möglichkeit, die sich der Westen offiziell reserviert hat. Ihre näheren Um-

Die Schwierigkeiten des mittleren Weges

Wir sind in großen Linien den Überlegungen gefolgt, die den außenpolitischen Kurs des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten bestimmen. Seine Entscheidungen in der EVG-Frage werden von allen Seiten erbittert kritisiert. Die rechtsstehenden EVG-Gegner warfen ihm mit aller Energie vor, in seinem Kompromißvorschlag gewisse wesentliche Züge des Vertrags anerkannt zu haben. Drei Minister, die dieser Meinung waren — an ihrer Spitze General Koenig —, traten deshalb vor der Brüsseler Konferenz zurück. Dann hielten ihm die EVG-Anhänger in seinem Kabinett vor, in Brüssel bestimmte Abstriche von seinen Forderungen verweigert zu haben. Wieder traten drei Minister zurück. Nun klagen ihn die linken Sozialisten an, einen wichtigen Schritt auf die deutsche Aufrüstung hin zu vollziehen, bevor er eine Viererkonferenz mit der Sowjetunion durchgesetzt habe. Im Gegensatz dazu beschwerten sich die Amerikaner, er habe vor der Ratifizierungsdebatte von eventuellen Verhandlungen mit dem Osten gesprochen und dadurch die Chancen der EVG noch mehr verschlechtert. Schließlich kritisieren verschiedene europäische Partner (besonders die Deutschen) heftig seinen Versuch, den EVG-Vertrag aufzuweichen und die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten stärker in Rechnung zu stellen.

Alle diese Vorwürfe sind teilweise gerechtfertigt. Stellt man sie aber zusammen, so beweisen sie eher, daß die Grundsätze der Politik von Mendès-France ungefähr den Überlegungen entsprechen, die wir hier anstellten. Sie räumt mit der Unklarheit auf und zeigt deutlich Frankreichs Absichten. Sie schlägt nicht die Tür für Verhandlungen mit dem Osten zu, die möglicherweise das einzige echte Ziel erreichen könnten: freie Wahlen in Ostdeutschland und eine Kontrolle

Arithmetik der Nationalversammlung

Erstens lehnt ein erheblicher Teil der Nationalversammlung jede Form einer deutschen Wiederbewaffnung grundsätzlich ab. Das Nein der 100 Kommunisten ist aus den bekannten Gründen selbstverständlich; wir brauchen sie nicht zu nennen. Die Mehrzahl der EVG-Gegner unter den 105 Sozialisten ist

stände bleiben zunächst im Stadium des Suchens und Verhandlens. Ihr Termin kann sich vielleicht noch etwas verzögern, liegt jedoch nicht sehr fern.

Unter diesen Voraussetzungen muß Frankreich die Zeit der Vorbereitungen nützen, in der von neuem alle Möglichkeiten offenstehen. Frankreich muß den Sowjets jetzt unzweideutig zu verstehen geben: wenn ihr nicht in den nächsten Monaten dem Prinzip freier Wahlen in der deutschen Ostzone — unter bestimmten Bedingungen — zustimmt, dann wird unsere Regierung das Parlament auffordern, die deutsche Aufrüstung in dieser oder jener Form zu billigen, welche Folgen das auch haben möge.

der Rüstungen. Sie präzisiert die Formel für eine eventuelle Aufrüstung, die Frankreich weder von Großbritannien noch von der Union Française abschnürt und endlich von einer breiten Mehrheit angenommen werden könnte.

Diese Prinzipien bestimmen die Haltung des französischen Ministerpräsidenten. Er wird sich an sie halten, wie auch immer die Reaktionen ausfallen mögen. Darum ist es in seinen Augen auch keine Tragödie, daß die EVG zu Grabe getragen wurde. Sie lastete zu schwer auf jeder Möglichkeit einer Neubelebung im Inneren, auf jeder umfassenden Konzeption in der Außenpolitik. Die Ungewißheit mußte endlich aufhören. Für Pierre Mendès-France ist es ein positives Ergebnis, daß nun ungefähr der Rahmen deutlich wurde, in dem sich die französische Europa-Politik bewegen kann. Die lange Periode des leidenschaftlichen Streites und der Kämpfe um zweitrangige Verfahrensfragen ist vorbei.

Aber diese Gedanken stellen uns vor eine recht komplizierte Rechenaufgabe: wenn Mendès-France eine solche Politik betreiben will, braucht er unbedingt in ihren verschiedenen Etappen parlamentarische Unterstützung. Auf welche Abgeordneten und Fraktionen darf der Ministerpräsident dabei rechnen? — Dieselbe Frage stellte ihm am Tage nach der Ablehnung der EVG von der Rednertribüne der glühendste Verfechter des Vertrages, Pierre-Henri Teitgen, der Vorsitzende der MRP: „Mit welcher Mehrheit gedenken Sie die französische Politik auf neue Wege zu führen?“

Die parlamentarische Lage ist in der Tat vielschichtig und ziemlich undurchsichtig. Zwei vorläufige Feststellungen drängen sich dem Beobachter auf, der objektiv den Debatten der letzten Wochen gefolgt ist.

überzeugt, daß ein auferüstetes Deutschland sich rasch zur tödlichen Gefahr für die europäische Verständigung entwickeln werde. Von den sozialistischen EVG-Anhängern haben viele nur der supranationalen Struktur wegen mit Ja gestimmt; sie werden sich einer deutschen Remilitarisierung gegenüber zutiefst abgeneigt zeigen, sobald diese Neuerung fortfällt.

Halb-nationalistische Reflexe und der Trikolore-Mythos spielen für die militaristischen Elemente der Rechten und der Mitte eine Rolle. In den gleichen Fraktionen wird aber auch der Wunsch nach einem Übereinkommen laut, das einen dauerhaften Frieden sichert: die deutsche Wiederbewaffnung könnte diesen Wunsch zu nichte machen. Kurz, viele Franzosen wünschen (um ein bekanntes Bonmot zu wiederholen), die zukünftige deutsche Armee möge „stärker sein als die Sowjetarmee mit ihren 175 Divisionen und schwächer als die französische mit ihren 14 Divisionen“... oder sie möge überhaupt nicht sein!

Zweitens hat die Opposition gegen die Regierung Mendès-France ihren Generalstab in etwa dreißig Männern aus der MRP und rechts von ihr gefunden, die seit zehn Jahren auf den Kommandohöhen der französischen Politik standen und um die sich alle konservativen Kräfte kristallisieren. Diese Männer traten auch für die EVG ein und forderten dringend den europäischen Zusammenschluß. Andererseits erschienen sie identisch mit einer Politik der wirtschaftlichen und sozialen Stagnation im Innern, mit der leeren Prahlerei in Indochina und der Gewaltherrschaft in Nordafrika. Das mußte der europäischen Idee selbst schwer schaden und Mendès-France samt den Anhängern seiner dynamischen Politik in das gegnerische Lager hinüberzwingen.

Gehen wir von diesen beiden Feststellungen aus, dann zeichnen sich die Konturen der Majorität ab, die Pierre Mendès-France für die verschiedenen politischen Operationen zu gewinnen hofft.

Die erste Frage: die deutsche Wiederbewaffnung in einer Form, die mit den USA und Großbritannien ausgehandelt würde und ausreichende Garantien (im Rahmen der NATO) vorsähe. Eine solche Formel würde wahrscheinlich von den meisten „Europäern“ trotz ihrer Feindschaft gegen die Regierung Mendès-France als Ersatz für die EVG gebilligt werden. Der nationalistische Teil der „Anti-Europäer“ (Generäle, Konservative usw.) könnte sich anschließen, ebenso vielleicht ein Teil der Linken, die auf Vierer-Verhandlungen hinsteuern möchte. An diese Möglichkeit dachte Mendès-France wohl, als er auf Teitgens Versicherung: „Ich bezweifle, daß es für Ihre Politik eine Mehrheit gibt; meine Freunde werden auf keinen Fall dazu gehören!“ zur Antwort gab: „Darüber wissen Sie nichts.“

Die zweite Frage: Verhandlungen mit dem Osten, wie sie der Ministerpräsident wünscht und suchen wird. Hierfür findet er seine Linksmehrheit wieder, die ihm über die EVG-Debatte hinweg treu blieb: am Tage nach der Ablehnung billigte die Nationalversammlung seine Außenpolitik mit 418 gegen 162 Stimmen, das heißt mit absoluter Mehrheit der Nicht-Kommunisten. Diese Majorität wird Mendès-France auch dann unterstützen, wenn der Weg zur Viererkonferenz über das Aushandeln einer eventuellen Aufrüstung der Bundesrepublik führen sollte.

Die dritte Frage: die Wiederherstellung der vollen Souveränität Deutschlands mit Ausnahme des militärischen Bereichs. Es steht fest,

daß in dieser Frage nur die Kommunisten sich von einer allgemeinen Zustimmung ausschließen würden.

Diese wechselnden Mehrheiten (und diese komplizierte Arithmetik!) haben gewiß einen schweren Nachteil: Sie trüben den klaren und offenen Charakter der Politik von Mendès-

France, sie mindern die dynamische Entscheidungskraft, die auf allen Gebieten sein stärkster Trumpf ist.

Die Würfel rollen. Auf die Wette über den Frieden in Indochina ist eine Art Wette über Europa, fast schon über das Atlantische Bündnis, gefolgt. Aber die absolute Treue zu diesem

Bündnis bleibt als offenkundige Voraussetzung für jede allgemeine Entspannung die Grundlage des Experiments Mendès-France. Ein Übereinkommen muß vor allem zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zustande kommen — oder es kommt überhaupt nicht. Das ist die Grundregel des Spiels. Das ist der Einsatz.

OTTO K. C. GERLACH

Frankreich im Banne seiner Tradition

Die historischen Motive für das Scheitern der EVG

Die Leidenschaft, mit der Deutschland sich an der Politik der europäischen Einigung beteiligt hat, ist unrealistisch genannt und für das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mitverantwortlich gemacht worden.

Daß sie das Mißtrauen Frankreichs in die deutsche Aufrichtigkeit zu heller Flamme angeblasen hat, war der großen Erklärung abzuhören, die der greise Herriot vor der Nationalversammlung abgegeben hat. Aber die Europa-Politik der Bundesregierung hat dennoch ihre gewichtigen Erfolge. Die angelsächsischen Länder, Italien und die kleinen, westlichen Nationen des Kontinents haben sie für einen vollständigen Nachweis des deutschen Einordnungswillens in die westliche Welt angenommen. Wäre dies nicht so, würde sich England nicht entschlossen haben, sich nun selbst aktiver in die Politik europäischer Zusammenarbeit einzuschalten und sein Außenminister Eden würde nicht überall in den westeuropäischen Hauptstädten so weit offene Türen gefunden haben.

Verschiedene Standorte historischer Erfahrung

Dennoch bleibt die Befremdung über die französische Ablehnung in Deutschland groß. Sie rührt aus einer gewissen Verständnislosigkeit her, die ebenso wie die französische Ablehnung, ihre tiefgehenden, historischen Wurzeln hat. Deutsche und Franzosen führen ihr politisches Gespräch von zwei durchaus verschiedenen Standorten historischer Erfahrung her. Der Deutsche ist als Träger des überstaatlichen, römischen Reichsgedankens und als Schildknappe der übernationalen Idee der Christenheit in die europäische Geschichte eingetreten. Er hat diese beiden, miteinander verschwisterten Rollen ein paar Jahrhunderte lang gespielt, während von der ersten Stunde an der Franzose als sein Widerpart agierte, sich festsetzte im Widerspruch gegen das ordnende Richteramt der Kaiser, das von den römischen Cäsaren seinen Auftrag und seine Methoden, von der römischen Kirche seine Weihen genommen hatte. Hinter den hohen Legitimationen konnte Frankreich in der kaiserlichen Politik nur das Schalten der Willkür sehen. Es geschah wie aus einem Zwang der besonderen, geistigen und völkischen Legierung, die in der Ile de France zusammengeschlossen war zu einem neuen Volkscharakter: aus fränkischer Wurzel mit germanischem Unabhängigkeitsgefühl und aus dem römischen Reis, das der keltischen Lutetia aufgepfropft worden war, mit römischen Kaufleuten, Beamten und Soldaten, die eine Art bürgerlichen Freisinns hinterlassen hatten, der schon in den Legionen Cäsars gegen den fernen, zentralistischen Anspruch über die Alpen nach Süden marschiert war, wenn auch mißbraucht durch den Feldherrn. Schon dem Pariser zur hohen Kaiserzeit des Mittelalters schien es ganz klar zu sein, daß das Erbe Roms sich geteilt hatte. Krone und Schwert und mit ihnen der unter falschem Pathos versteckte, als anmaßend empfundene Befehl eines unruhigen Herrn waren

den Deutschen zugefallen. Der alte, der echtere römische Sinn für Freiheit unter dem Gesetz, für Überschaubarkeit und System des bürgerlichen Zusammenlebens und die hierfür notwendige Begrenzung im Raum fanden ihre Stätte im Pariser Becken. Der bloße Anblick dieser von Pfalz zu Pfalz umherziehenden, ohne festen Wohnsitz vagabundierenden Kaiser, war dem Franzosen ein Greuel. Das unruhig Schweifende in diesem Bilde ist ihm zuwider. Daß sich darin nur ein notvoller Ersatz ausdrückt für das Fehlen einer fähigen Bürokratie, kann er nicht erkennen. Von da an ist ihm der deutsche Nachbar verdächtig geworden und verdächtig geblieben bis auf den heutigen Tag als der Unruhige, der Unberechenbare, als die „dynamische Natur“ schlechthin. Seit damals blickt Frankreich wie gebannt nach Osten und fühlt sich aufgeboten, den schweifenden Nachbarn in ein System zu binden, das ihn durch Berechenbarkeit ungefährlich macht.

Eingrenzung in das Vernünftige

Es ist hier nicht der Ort, mehr zu geben, als nur die gedrängteste Form der Darstellung, der Erinnerung. Als Antithese gegen den ewig unbestimmten Anspruch der Kaisermacht und ständig kraftvoller aufsteigend mit ihrem allmählichen Zerfall entstand frühzeitig in Frankreich der erste, große geschlossene, europäische Nationalstaat. Er führte eine glänzende Geschichte herauf. Er tat mehr, indem er den Franzosen für ein Jahrtausend fast den festen Standort des Menschlichen in der Flüchtigkeit einer sich immer wandelnden Welt gab. Denn was die Franzosen mit dem beunruhigend Schweifenden im deutschen Volkscharakter eigentlich meinen, ist letztlich die ins Metaphysische reichende Verzweiflung, in die das ganze Menschengeschlecht immer wieder getrieben ist durch alle Fragwürdigkeit von Leben und Welt, die mithin allgemeingültig ist, ihr unterworfen auch der Deutsche. Sich durch Eingrenzung in das Vernünftige, in die Raison, den bestimmten Platz zu sichern, hat sich Frankreich sein feststehendes Bild vom deutschen Widerpart geschaffen, vom Deutschen, der durch Gefühl und Affekt beherrscht wird. An diesem Bilde konnte der Franzose erfahren, wer er selber ist, indem er sich davon absetzte. Wo eine Grenze ist, fängt nicht nur die Nachdenklichkeit an, sondern auch das Denken. Deshalb hat Frankreich seine nationale Grenze als Staatsgrenze ins mittelalterliche Reich gelegt, sich hinter ihr vor der geistigen Bedrängnis geborgen, der alles Menschsein ausgesetzt ist, und aus dieser Geborgenheit im Politischen seinen großen Beitrag zur europäischen Kultur geleistet. Es ist wirklich so, daß die großen Ausdrücke des französischen Geistes, Begriffe wie Maß, Vernunft, Klarheit, aus dieser politischen Trennlinie gegen den deutsch-römischen Reichsgedanken entstanden sind, aus dem Bilde der faktisch und geistig zigeunernden Kaiser deutscher Nation, — wie es der Franzose sieht. Der französische Nationalstaat ist

also verankert bis in die feinsten Fasern des Menschlichen und des Geistigen, er imprägniert Individuum und Masse, wie es der Deutsche mit einer nationalstaatlichen Geschichte von 75 Jahren kaum begreifen kann.

Brandenburg — Preußen

Der Deutsche ist einen ganz anderen Weg gegangen. In seinem Kaisertraum, in dem sich alle Selbstlosigkeit und Grenzenlosigkeit des Deutschtums auslebte, hatte er verabsäumt, sich Form und Apparatur der seine Stammeselemente zusammenfassenden Staatlichkeit zu geben. Wie der Traum mählich wich in der ernüchternden Realität des Kampfes zwischen Kaiser und Papsttum mit seinem unaufhörlich in die Fremde strömendem Blutzoll traten die Bausteine des alten Reichs, die Länder, mehr und mehr zu selbständigem Dasein hervor. Sie waren es, die dem weltenttäuschten Deutschen die Zuflucht im Umgrenzten, im endlich überschaubar gewordenen, kleineren Bezirk darboten. Und sie waren es, die das staatlich geregelte Dasein der Deutschen schufen. Am eindrucksvollsten gelang es in Brandenburg-Preußen. Hier, auf einem Boden, der über die altreichischen Grenzen hinaus sich dehnte, entwickelte sich, ähnlich wie einst in der Ile de France, der Sinn für die Wirklichkeit einer Geborgenheit der Stärke in Absetzung von dem tönernen Koloß des Heiligen Reichs. In Berlin fixierte sich der Sinn für Maß und Klarheit und Vernunft, wie in Paris früher schon. Aber es geschah in eigenartiger Leistung bereits unter den Kurfürsten und unter dem Soldatenkönig. Nicht etwa mußte es erst Friedrich der Große, der Liebhaber des Französischen, bewirken. Seine Francophilie war aus einer Scholle gebrochen, welche die Väter gepflegt hatten. Dieses seit seinen hohenzollerisch-brandenburgischen Anfängen in seinem staatlichen Geiste Frankreich so ähnlich gestimmte Preußen zog die Franzosen an, indes sie ihre mißtrauischen Blicke nach Wien, nach Österreich richteten, wo immer noch der „Römische Kaiser“ saß, mit dem vollen Anspruch lebendiger Überlieferung: richtender und ordnender Herr des Abendlandes zu sein.

Mit Friedrichs II. schlesischen Kriegen wandten sich die preußischen Deutschen endgültig von der Idee des alten Reiches ab. Es war weder bei ihnen selbst, noch bei den Deutschen in den anderen deutschen Ländern ein Gefühl des Verlustes dabei. Alle Deutschen empfanden sich nach wie vor als zusammengehörig, als ein Volk! Ein allumfassender Staat im modernen Sinne der Zeit waren sie ja niemals gewesen. Seit es Staat in Deutschland gibt, gibt es ihn in den Ländern, nicht im Reich. Im Reiche, in der Weite seines Gebiets, seiner Sehnsucht nach europäischer Allumfassung, im bunten Mosaik seiner vielvölkischen Glieder, hatten sich die Deutschen ja immer als ein Volk empfunden, auch in ihrer stammlichen Aufgliederung, die oft genug sogar Zerrissenheit war. Grenze und Zusammenhalt Deutschlands lagen in diesem Volksbewußtsein. Territoriale und verwaltungsmäßige, enge Zusammenfassung wurden nicht als dringlich empfunden von einer Nation, deren Söhne als Ritter, Landsknechte und Soldaten in einer gewissen, auf engem Raum nicht beschreibbaren Weise, generöse, großzügige Weltleute geworden und geblieben waren, bis in die Epoche der Duodezfürstentümer hinein, wie Goethe und sein Werk bezeugen. Deutschland war eine Realität aus dem Bewußtsein, gleicher Art zu entstammen, gleicher Gesittung unterworfen und durch die Reformation auch in einer Sprache und einer Gesinnung, bis ins katholische Bekenntnis dringend, verbunden zu sein. Das war keine eigentlich politische Realität, aber sie genügte für den lebendig empfundenen Zusammenhalt in großen und ganzen, bei voller Freiheit und munterer Ausbildung der Teile und wurde erst schmerzlicher als Mangel verspürt in der Begegnung mit der französischen Großen Revolution, die der staatlichen Formierung Frankreichs den Akzent des Nationalen gab: die proklamierte Verdeutlichung lediglich der längst vollzogenen Wirklichkeit des Nationalstaats.

Anwalt des großen Zusammenschlusses

Nach dem Vorbilde des Nachbarn im Westen nun, und nicht nur durch ihn angeregt, sondern durch maßgebliche Franzosen zuweilen auch befeuert, bildete also auch Deutschland sich zum Nationalstaat aus, im Werke Bismarcks, das von 1870 bis 1945 bestanden hat und das nach den Potsdamer Beschlüssen der Sieger des zweiten Weltkrieges noch besteht. Es existiert auch noch im Herzen und im Willen der Deutschen

dieser Zeit, so unglücklich seine bisherige, kurze Geschichte gewesen ist, mit zwei Niederlagen innerhalb von drei Generationen, von denen die Letzte wie das Ende selbst aussah. Vom Scherbenhaufen seines nationalen Elends blickt der Deutsche auf und sieht sich mit der Gefahr aus dem Osten konfrontiert. Und nach dem Gesetz, nach dem er einst angetreten, macht er sich zum erstgeborenen Anwalt des großen Zusammenschlusses, in den er nun freilich nicht als Bayer, Sachse, Hesse, Westfale eintreten will, sondern als Deutscher, wie ihn die jüngste Geschichte gemacht hat: mit Bund und Reich, statt mit Ländern, aber doch mit Bund und Reich als Land unter Ländern dieses Zusammenschlusses gesehen. In französischen Augen nimmt sich das so aus, als würde der Deutsche einen Staat weg, den er gar nicht hat, um wieder in die europäische Weite zu schweifen, unberechenbar und abenteuerlich, wie im Aufgang seiner Geschichte. So sieht es übrigens auch in preußischen Augen aus. Denn Preußen und Franzosen meinten und meinen, daß keine Not der Stunde groß genug sein kann, mit den Elementen der Abhilfe allein, die sie immer anbietet, einem Verhängnis wirklich zu entrinnen. Nur ein von Herz und Gefühl abgezogenes, über menschliches Schwanken erhabenes, mechanisch funktionierendes System erscheint ihnen zu echter Abhilfe fähig: die Armee und die Politik des Gleichgewichts, die bleibende Interessen gegeneinander auswiegt.

Das Prinzip des Gleichgewichts

Das Prinzip, nach dem der französische Nationalstaat sich in den Zusammenhang Europas eingeordnet hatte, wie wir gesehen haben, mit der echten Essenz des französischen Geistes selber, war das des Gleichgewichts. Es handelt sich um ein Ordnungsprinzip, das eine originale Leistung französischen politischen Denkens ist.

Spätestens im Jahre 1584 hebt es in bewußter Anwendung an. Damals schreibt ein französischer Publizist seinem Könige, dem Dritten Heinrich, einen ersten „discours“ über die nationale Notwendigkeit, den Kaiser „zu verkleinern“ (diminuer), den Habsburger, der indessen auch auf dem Madrider Throne saß. Er meint, die Stärke eines jeden Staates, wie groß oder wie klein er auch sei, sei stets relativ, abhängig von der Stärke oder Schwäche seiner Nachbarstaaten. Der kluge Staatsmann müsse also immer versuchen, dem stärkeren Nachbarn ein Gegengewicht zu bieten, wenn er es allein nicht vermöge, so durch Allianzen. Gelingen die Bildung eines solchen Gegengewichts, so werde die überlegene Macht, die zu immer größerem Wachstum tendiere, von Übergriffen abgehalten, wenigstens doch von erfolgreichen Ausschreitungen. Der Schwächere findet seinen Schutz in der Gruppierung mit den Nachbarn des Nachbarn. Er finde darin seine Stärke, ja, er verkleinere eben dadurch den Großen. Auf solche Weise werde der Friede gewahrt oder doch der Krieg soweit gezähmt, daß er nicht mehr wie ein Ungeheuer die Staaten verschlinge. In einem solchen Kombinieren von Gewichten und Gegengewichten liege das gemeinsame Interesse aller Staaten. Denn die Anwendung dieser Politik der Balance schütze sie alle.

Im Grunde zeichnete dieser Publizist nur eine Praxis nach, die das Pariser Kabinett, mit dem Könige und seinen politischen Gehilfen, bereits in den Anfängen ausgebildet hatte. Es steht nirgendwo verzeichnet, wie in diesem Kreise der „discours“ aufgenommen wurde, wahrscheinlich aber gut, denn auch ihr Absolutismus hat den Königen niemals verwehrt, von mitdenkenden Geistern zu profitieren, die nicht beamtet waren, und die Bewußtmachung einer Praxis durch den Vortrag ihrer Theorie, die von der instinktiven Anwendung erst abgesehen gewesen sein mochte, hat zu allen Zeiten der Perfektionierung des Handwerklichen und Technischen gedient. — Die Gewichte, die das Prinzip verlangte, lagen im deutschen Raum, bei den landesfürstlichen Gewalten. Es ist bekannt, wie virtuos sie durch Jahrhunderte gehandhabt worden sind, in verschiedenen wechselnden Kombinationen bis zur französischen Revolution eben, bis zur unerfreulichen Aufweichung der deutschen Nation, aber mit dem Gewinn, zwar nicht des totalen Friedens, doch der zivilisierten Kavalierrkriege, welche die Kombattanten blessierten, ohne sie zu töten. Napoleon I. zerriß das alte Konzept. Die Fouragiere seiner Armeen führten im Proviant nicht nur die Ideen der Bürgerfreiheit mit über den Rhein, sondern auch den Gedanken der deutschen Einheit, nicht nur in einem deutschen Volk, sondern auch in einem deutschen Staat. Ehe er verwirklicht wurde, besann sich Frankreich noch einmal auf das alte Ordnungs-

prinzip im Miteinander der europäischen Staaten. Die Besinnung geschah im Widerpart gegen Napoleon III. Schon wie er die Einheitspolitik der Italiener begünstigt hatte, war durch die Pariser Kammer betont worden, dies werde nur die deutsche Einheit nach sich ziehen, die einen Umsturz aller politischen Verhältnisse in Europa zur Folge haben müsse.

„Les Allemagnes“, sagte man damals . . .

Am 3. Mai 1866 hielt der größte französische Historiker der Epoche, der Abgeordnete Adolphe Thiers, seine große Rede, in der er sich zum Anwalt und Wiedererwecker der Gleichgewichtspolitik machte. Er betonte die ewige Gültigkeit ihrer einfachen, stets berechenbaren Prinzipien, die allein in der Lage seien, nicht nur die Sicherheit Frankreichs und der Welt, sondern auch die deutsche Sicherheit zu garantieren, eben die Sicherheit der deutschen Länder. „Les Allemagnes“, sagte man damals, nicht „l'Allemagne“. „Heute“, rief Thiers der Politik seines Kaisers entgegen, die zwar noch nicht die Einheit des ganzen Deutschland, aber die seines Nordens unter preußischer Führung goutierte, „heute möchte man dieses Wort vom europäischen Gleichgewicht der Lächerlichkeit preisgeben, aber ich könnte Ihnen, wenn ich die Zeit und die Kraft dafür hätte, zeigen, was alles es ist an Größe und durchdachter Tiefe, wie weit es davon entfernt ist, alles auszudrücken, was es enthält“. Glühend redete er einer Aufgabe der „proportions des forces allemandes“ das Wort, die Frankreichs Politik sein müsse im Zeichen des Gleichgewichts. Am nächsten Tage mobilisierte Preußen, um die Österreicher aus Schleswig-Holstein zu vertreiben. Napoleon III. mischte sich nicht ein . . .

Die Franzosen haben dem verlorenen „équilibre européen“ nachgetrauert, aber sich unter der Staatsmannskunst Bismarcks mit dem Verlust abgefunden. Sie wurden wieder daran erinnert, als mit der Entlassung des Kanzlers der junge Kaiser seinen „Neuen Kurs“ steuerte. Erschrocken rieben sich die Franzosen die Augen: waren nicht in der Gestalt Wilhelms II., der nicht nur mit Bahn und Schiff in der Weltgeschichte herumreiste, der heute in Kassel, morgen in Wiesbaden, übermorgen in München, dann wieder in Königsberg und wo es sonst noch sein mochte, seinen Hof hielt, wie die alten Kaiser in ihren Pfalzen, heute hier und morgen da, der auch politisch von Möglichkeit zu Möglichkeit vagabundierte, sich heute in England aufspielte, morgen, nach einem Treffen mit seinem russischen Vetter, sich „Admiral des Atlantik“ nannte, dann den Sultan aufzumöbeln trachtete, um schließlich Frankreich in Marokko in die Quere zu kommen und anderntags die Buren zum Kampfe gegen England zu beglückwünschen. — waren nicht die alten, schweifenden Kaiser aus deutschem Blute, wieder auferstanden, unberechenbar in ihrer launischen „Dynamik“?

Das russische Bündnis

Jetzt besann sich Frankreich wieder auf seine große Tradition in der Außenpolitik. Freilich, die Tatsache Deutschland war nicht mehr rückgängig zu machen. Aber: war es denn ganz unmöglich, ein neues Gleichgewicht der Kräfte herzustellen? So faßte Frankreich das russische Bündnis ins Auge. Es wird ganz auf das Prinzip des Gleichgewichts gegründet, das nun zu einem Prinzip von wissenschaftlichem Rang erhoben wird. Dem von Berlin geführten Dreibund mit Wien und Rom wird der Zweibund Paris—St. Petersburg gegenübergestellt. Eine Koalition wiegt die andere auf. Die Dinge sind im Gleichgewicht. Frankreich kann mit Deutschland wieder auf gleichem Fuße verkehren, denn der Kaiser weiß nun, wo er halt zu machen hat. André Tardieu schreibt 1910 seine berühmte Schrift, der er den Titel gibt: „La France et les alliances. La lutte pour l'équilibre“, — der Kampf für die Wiederherstellung des Gleichgewichts also.

Man darf auch als Deutscher nach der abklärenden Wirkung von 44 Jahren, die seither vergangen sind, zugeben, daß dies, die Wiederherstellung des Gleichgewichts durch das russische Bündnis, das echte Ziel der französischen Politik gewesen ist, nicht die Einkreisung, nicht der Krieg. Es ist kein aggressiver Triumph, wenn Tardieu, ein Nationalist, der später Ministerpräsident wurde, in seiner Schrift tief befriedigt verzeichnet, die französisch-russische Allianz habe Deutschlands Hegemonie zerstört. Damit sei aber die Stunde einer deutsch-französischen Annäherung gekommen. Und es spricht nicht gegen die Aufrichtigkeit dieser Erwartung, die ja als wissenschaftlich fundiert angesehen wurde, wenn

schließlich doch der erste Weltkrieg gerade wegen der Pariser Allianz mit der großen Macht im Osten ausbrach, die ihren eigenen allianz-fremden Zielen folgte und den schwächeren Partner mitriß, der bei Gefahr der Vereinsamung, wie er sie sah, sich nicht mehr zurückhalten zu dürfen glaubte. Poincaré, der leitende Architekt des Russenbündnisses, brach seelisch in der Stunde zusammen, in der die Kanonen zu sprechen begannen. Er war ein „homme de l'équilibre“ von reinstem Blut, und Clémenteau mußte ihn ablösen, der das Gegenteil lebte . . .

„Wissen ist Voraussehen“

Das Gleichgewicht ist dem Franzosen mehr als ein bloß politisches Prinzip. Es ist eingebunden in die „raison“, in der der französische Geist aufgebrochen ist gegen alle „incertitudes“, gegen alle Ungewisheiten des Lebens, die sich im Weiten, im Unbestimmten, im Grenzenlosen tummeln. Auf der schwankenden Scholle des schicksalhaft durch Zeiten und Räume treibenden Daseins will die Vernunft dem Menschen das wohnliche Haus errichten, „mit klarem Horizont, geschlossenen Räumen, festen Wänden“, das heißt: mit logischem Denken, exakter Erforschung von Ursachen und deduzierter Voraussicht von Wirkungen, — nach der großen Parole des Positivismus, der die echte französische Philosophie ist: savoir c'est prévoir, „Wissen ist Voraussehen“. Das glaubt der Franzose, mit Ausnahme der Existenzialisten. So traut er sich auch den nützlichen Gebrauch der Methode zu, die ihm Romain Rolland abschildert: „Um zu wissen, was er denkt, muß der Franzose wissen, was sein Nachbar denkt, um dann dasselbe oder das Gegenteil davon zu denken . . .“ So verfährt Frankreich im Politischen, und wer Politik mit ihm machen will, muß es wissen und berücksichtigen. —

Jaques Bainville

Die Gleichgewichtsliteratur hat sich mit den historischen Darlegungen von Thiers oder der Schrift Tardieus nicht erschöpft. Sie ist zumal nach dem ersten Weltkriege zu neuer Blüte gediehen. Jaques Bainville schrieb seine „Geschichte zweier Völker“, in der er die napoleonischen Verstöße gegen die Gleichgewichtspolitik anprangert, aber auch die Fehler der Dritten Republik, die von der Weisheit der Bourbonen nichts übernommen hat und es zuläßt, daß das besiegte Deutschland eine einheitliche Armee bekommt, die es 1914 noch nicht hatte, die den Amerikanern erlaubt, im Zeichen der Nationalstaatsidee Osteuropa durch Zerschlagung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu zersplittern, so daß Frankreich die zuverlässigen Elemente für die Errichtung eines neuen Gleichgewichts fehlen, da auch Rußland durch die Bolschewisierung auf unbestimmte Zeit ausgefallen ist. Polen, das zwischen dem deutschen und dem russischen Feuer liegt, kann kein Gegengewicht bilden. Wenn sich Frankreich mit ihm verbindet, kann es nur in den Sog eines polnischen Untergangs hereingerissen werden. Mit der Tschechoslowakei, mit Rumänien und Jugoslawien sieht Bainville die Geschichte kaum anders. Es sind Länder, die das Spiel nicht verstehen, das im Interesse des Friedens gespielt werden muß, und die auch in sich zu wenig gefestigt sind, um nicht noch lange einer Unterstützung zu bedürfen, die Frankreich schwächen muß, anstatt es zu entlasten. Denn Deutschland ist auch nach seiner Niederlage nicht berechenbarer geworden. Vorerst kann das Gleichgewicht nur ersetzt werden durch Faustpfänder, die sich Frankreich in Deutschland sichert und die es nicht herausgeben darf. Amerika liegt zu weit ab von Europa. Nach Vernichtung der deutschen Flotte hat auch England, das über die Meere blickt, das Interesse am Festland verloren, auf dem Frankreich mutterseelenallein ist, allein mit Deutschland, das Revanche brütet . . . Bainville schließt seinen Umblick mit den Worten: „Die Franzosen des Krieges von 1914 und 1915 haben heroisch für die Fehler ihrer Vorfahren gebüßt. Sie haben für die nächsten Generationen eine bessere Zukunft vorbereitet, als die Zeit war, in der sie selbst gelebt haben. Aber für diese Generationen wird der Kreislauf der Mühen und Nöte nimmer geschlossen sein . . .“ Noch ein Jahr vor Hitler sagt der einflußreiche Publizist Thibaudet im Hinblick darauf, daß es „Ideen“ sind, denen die Deutschen als Motoren einer bessern Zukunft den Vorzug geben: in der Politik gebe es jedenfalls keine dauernde Trennung von Ideen und I n t e r e s s e n. Die Ideen hätten lediglich zu bewirken, „die Interessen in ein System zu bringen und sie einem allgemeinen, humanen Ordnungsprinzip zu unterstellen“. Damit meint er das Gleichgewicht.

Man muß Frankreich Allianzen bieten

Was wir hier in unvollständiger Kürze nachgezeichnet haben, wirkt für den Deutschen wie Vergangenheit. Aber es ist für den Franzosen Vergangenheit u n d Gegenwart — u n d Zukunft! Die handelnde Generation der Franzosen ist von der Notwendigkeit des Gleichgewichtsgedankens gegenüber Deutschland ebenso durchdrungen, wie die handelnde Generation in Deutschland von dem Gedanken beherrscht ist, der alte Gegensatz müsse in der größeren Zusammenfassung aufgehoben werden, freilich, fügen die Deutschen hinzu: bei gleichem Recht in der Verbindung, die die Not gebietet. Die Antithetik von französischem Gleichgewichtsstreben und deutschem Gleichberechtigungsanspruch, gerade etwa hundert Jahre alt, hat nichts von ihrer Aktualität eingebüßt, auch wenn wir sie gerne für legendär erklären möchten, indem wir nach Europa rufen. Der Franzose hält nichts, seit vielen hundert Jahren nichts von einer Politik, die ihre Richtlinien und Manipulationen aus wechselnden Lagen schöpft, wie es Machiavelli in seinen Discorsi empfiehlt, wie es bismarckischer Stil, italienische, englische und amerikanische Auffassung ist. Es ist ein verbreiteter Irrtum, daß der Franzose dem Improvisieren geneigt sei, daß er sich darauf verstehe. Er leidet unter dem „muddling through“, das die inselländische Politik Englands von Anbeginn bis heute beherrscht, wie er unter dem Unberechenbaren litt und leidet, daß er im deutschen politischen Charakter sah und sieht. Er will seine Systematik, seinen verlässlichen, unbeeinflußt von Ideen und Gefühlen ablaufenden Mechanismus in der Außenpolitik. Wer darauf eingeht und einzugehen vermag, gewinnt die beständige Mitarbeit Frankreichs. Man muß Frankreich Allianzen bieten, aus denen es ein neues, stabiles Gleichgewicht konstruieren kann, wenn es seine Pflicht für den Westen tun soll. Das kann nicht Deutschlands Sache sein. Wir müssen es begreifen, auch wenn

wir es reinen Herzens und aus ruhigster, abgeklärtester Überlegung eine Legende heißen müssen, daß Frankreich in unserer Wirtschaftskraft das Wiederaufstehen der deutschen „Dynamik“ erkennen zu müssen vermeint.

Dies alles weiß Mendès-France. Er hat sich das Wissen erworben mit der ganzen Akribie, die den Franzosen auszeichnet, dem Frankreich erst in zweiter Generation Heimat ist. Es ist übrigens ganz dieselbe Wachheit, mit der die Elsässer Schuman und Koenig und viele andere, die heute in der Politik Frankreichs große Stellungen einnehmen, die wirkenden Kräfte der französischen Gegenwart erkennen und respektieren. Die volle Kenntnis einer geistigen Situation, die wir als Deutsche und Europäer beklagen müssen, hatte den französischen Ministerpräsidenten bewogen, jene große Gegenüberstellung der Meinungen in der Nationalversammlung zu veranstalten, die der Absetzungsantrag des Generals Aumérat verhindert hat. Die Gegenüberstellung hätte erbracht, was wir nun bedacht haben.

Anmerkung

Pierre VIANSSON-PONTÉ (geboren 1920) ist lothringischer Herkunft. Er promovierte in Paris zum Doktor der Rechte. Den Krieg 1939/40 machte er bei den Panzertruppen mit, wurde verwundet, geriet in Gefangenschaft und floh. Seit 1941 wirkte er aktiv in der Widerstandsbewegung mit und tauchte 1943 in die Illegalität unter. Nach 1945 arbeitete er für Agence France-Presse, zuletzt als stellvertretender Chefredakteur. Er ist Experte in Fragen der Innenpolitik und Wirtschaft und schreibt für verschiedene französische und ausländische Blätter.

Im Juni 1953 gründete er zusammen mit Jean-Jacques Servan-Schreiber, Leitartikler und Außenpolitiker von „Le Monde“, und Françoise Giroud, Chefredakteur von „Elle“, die Wochenzeitung „L'Express“ und übernahm ihre Chefredaktion. „L'Express“ stand von Anfang an Pierre Mendès-France nahe; er hat heute die höchste Auflage (sie stieg von 40 000 im Juli 1953 auf 135 000 im Juli 1954) aller politischen Wochenblätter in Frankreich.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“

Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Görde-ler-Verschörung“

Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen den Massengeist“

Kurt Georg Kiesinger: „Haben wir noch den Bürger? Die Problematik des Parteienstaates“

Helmut Krausnick: „Vorgeschichte der militärischen Widerstandsbewegung bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges“

Cecil Roth: „Die beiden Wiegen der jüdischen Freiheit“

Theodor Schieffer: „Des Winfried Bonifatius geschichtliche Sendung“

Kurt Sendtner: „Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges“

Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“

. . . „Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches“

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preis von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung (einschl. Beilage) nur an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23.